



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

Kommissionsdrucksache

19. Wahlperiode

19/15

Tätigkeitsbericht

der

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder

(Kinderkommission)

vom 16. Februar 2021 bis 26. Oktober 2021

Vorsitz: Charlotte Schneidewind-Hartnagel, MdB, (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

vorgelegt dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Inhalt

Einleitung.....	3
1. Das Arbeitsprogramm	4
1.1. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Klimawandel und Bildung“	4
1.2. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Generationenaufgabe Klimawandel“	6
1.3. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Auswirkungen geringer Nachhaltigkeit auf Kinder“	9
1.4. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Kinderrecht auf eine gesunde Umwelt“	11
1.5. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Kinderengagement für Klima und Umwelt“	14
1.6. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Auswirkungen von Umweltverschmutzung und umweltschädigenden Produkten auf Kinder“	17
1.7. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Kinder als Verbraucher*innen“	20
1.8. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Kindgerechte Lebensräume für alle Kinder“	23
1.9. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Deutschland 2050 – Was erwartet die Kinder von heute und morgen?“	27
2. Stellungnahme zur Vorsitzzeit.....	30
3. Gesprächstermin der Kinderkommission beim Bundespräsidenten	31
4. Anlagen.....	32



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einleitung

In der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder des Deutschen Bundestages (Kinderkommission) wechselt der Vorsitz zwischen den sechs Kommissionsmitgliedern turnusmäßig in der Reihenfolge der Fraktionsgröße. Nach Ablauf der Amtszeit des Bundestagsabgeordneten Norbert Müller (DIE LINKE) übernahm die Bundestagsabgeordnete Charlotte Schneidewind-Hartnagel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Wirkung vom 16. Februar 2021 den Vorsitz.

Neben der andauernden Corona-Pandemie war und ist das Thema Klimawandel ein gesamtgesellschaftliches Problem, dessen Auswirkungen die neue Vorsitzende der Kinderkommission aufgriff, um es unter den zwei Themenschwerpunkten „Kinder und ihre Umwelt“ und „Kindergesundheit“ zu beleuchten. Besonderes Augenmerk lag dabei natürlich auf den Einflussfaktoren auf die Kinder und Jugendlichen in unserer Gesellschaft.

Vor dem Hintergrund der Pandemieentwicklung wurden die Sachverständigen teilweise per Videokonferenz zugeschaltet, sämtliche Sitzungen wurden im *Internet und Parlamentsfernsehen übertragen* und zum Download auf www.kinderkommission.de zur Verfügung gestellt.

Zum Vorsitzwechsel hat der Deutsche Bundestag den folgenden Artikel veröffentlicht:

Vorsitzwechsel in der KiKo



© Deutscher Bundestag / Henning Schacht

Vor dem Gespräch, im nichtöffentlichen Teil der Sitzung, nahm die Grünen-Abgeordnete Schneidewind-Hartnagel das Maskottchen der KiKo entgegen: einen Plüschadler. Ihn bekommt, wer gerade den Vorsitz der Kommission innehat. Offiziell ist Schneidewind-Hartnagel bereits seit dem 16. Februar im Amt. Bis zum Ende der Legislaturperiode wird sie nun die Schwerpunkte der KiKo-Arbeit setzen. „Wir beschäftigen uns als Kinderkommission unter meinem Vorsitz in den nächsten Wochen mit dem Thema Kinder und Umwelt“, sagte Schneidewind-Hartnagel. Dabei solle

es unter anderem um die Fragen gehen: Was lernen Kinder über den Klimawandel? Wie werden junge Menschen an Meinungsbildungsprozessen beteiligt? Und welche Bedeutung hat eine intakte Umwelt im Sinne der Kinderrechte? (irs/24.02.2021)



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1. Das Arbeitsprogramm

1.1. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Klimawandel und Bildung“

Am **24. Februar 2021** lud die Kinderkommission zu diesem Thema folgende Sachverständige ein: **Luisa Regel** und **Jeremy Jarsetz** (Landesschüler*innenausschuss Berlin), **Ute Krümmel** (Stiftung Haus der kleinen Forscher) und **Thomas Hohn** (Greenpeace).

Hierzu wurde der folgende Artikel auf der Website des Deutschen Bundestages veröffentlicht:

Sachverständige fordern bessere Bildung zum Thema Klima

Was wissen Kinder über den Klimawandel und was muss sich im Bildungssystem ändern, damit Kinder Zusammenhänge in der Natur, die Auswirkungen des Klimawandels und die Möglichkeiten, diesen aufzuhalten besser verstehen? Mit diesen Fragen hat sich die **Kinderkommission (KiKo)** am **Mittwoch, 24. Februar 2021**, während eines öffentlichen Fachgesprächs zum Thema „**Klimawandel und Bildung**“ beschäftigt. Es war die erste Sitzung unter der Leitung der neuen Vorsitzenden **Charlotte Schneidewind-Hartnagel (Bündnis 90/Die Grünen)**.

Krümmel: Kinder sehen, dass Bäume vertrocknen

„Kinder sind neugierig und erschließen sich vorurteilsfrei ihre Umwelt. Dazu gehören das soziale Umfeld der Familie, Kita, Schule – aber natürlich auch die Natur“, sagte **Ute Krümmel**. Sie ist **Leiterin des Projekts „Bildung für nachhaltige Entwicklung“** von der **Stiftung „Haus der kleinen Forscher“**, einer Fortbildungsinitiative für pädagogische Fach- und Lehrkräfte aus Kitas, Horten, Grundschulen sowie Kita-Leitungen. Die eigentliche Zielgruppe aber seien Kinder im Alter von drei bis zehn Jahren, sagte Krümmel. Und die „sehen auch, dass Bäume vertrocknen, dass Müll im Meer schwimmt und hören davon, dass Bienen sterben“.

Einer Studie zufolge seien Umweltbewusstsein und umweltschützendes Verhalten bereits bei Siebenjährigen gut ausgebildet. Bis ins Alter von zehn Jahren nähmen sie zu, fielen jedoch in der Pubertät ab. Dabei sei Umweltbewusstsein und umweltschützendes Verhalten auch schon bei Kindern nicht immer identisch. Die Bildung stehe deshalb vor der Frage: Wie können Einstellungen das Verhalten bestimmen? „Hier kann und sollte Bildung für nachhaltige Entwicklung ansetzen“, sagte Krümmel. Dieses Bildungskonzept, kurz BNE genannt, befähige Menschen, Zusammenhänge zu verstehen und die Folgen ihres Handelns zu erkennen, verantwortliche Entscheidungen zu treffen und dementsprechend zu handeln.

Kinder müssen selbst wirksam sein

Die Aufgabe der Pädagoginnen und Pädagogen bestehe darin, schon jungen Kindern die Möglichkeit zu geben, sich „altersgerecht im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit zukunftsrelevanten Themen“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

auseinanderzusetzen. Methodisch gelte es, Zusammenhänge zu erforschen oder in Projekten die Alltagspraxis zu verändern. „Wichtig ist“, sagte Krümmel, „dass auf Erkenntnis und Reflexion auch Entscheidungen und Handlungen folgen.“ Und zwar partizipativ. Kinder bräuchten die Erfahrung, dass sie gesehen und gehört werden. „Dass sie eben selbst wirksam sind.“

Dabei gehe es auch um die Einrichtung selbst, so die Projektleiterin. Denn sie sei ein „beispielgebender Lernort, an dem es möglich sein sollte, positive Erfahrungen mit nachhaltigem Handeln im Alltag selbst zu sammeln“. Allerdings habe eine Studie gezeigt, dass BNE bisher nur in sechs Ländern in den Bildungs- und Lehrplänen erwähnt werde. Sie sagte: „Hier besteht noch enormer Handlungsbedarf.“

Hohn: Vom Wissen zum Handeln

Auch **Thomas Hohn, Greenpeace-Experte für Bildung und Sprecher des Bündnisses „ZukunftsBildung“** sagte: „Der entscheidende Kern für Kinder und Jugendliche im Kontext Bildung ist nicht nur informiert sein, sondern vielmehr informiert handeln.“ Denn einer Studie zufolge trage das Wissen junger Menschen wesentlich weniger zu ihrem nachhaltigen Verhalten bei als die Gefühle, Emotionen und Verbundenheit zur Natur. Das Motto laute deshalb: „Vom Wissen zum Handeln.“

Hier greife das Bildungskonzept BNE ein, sagte Hohn. Es gehe weit über reine Wissensvermittlung hinaus. Bildung für nachhaltige Entwicklung befähige zum Handeln und beteilige alle Lehrenden und Lernenden an der Lösungsfindung für die globalen Herausforderungen. Dieses Bildungskonzept strukturell im gesamten Bildungssystem zu verankern, sei deshalb ein Kernanliegen des Bündnisses „ZukunftsBildung“, so Hohn. Außerdem fordere das Bündnis unter anderem Investitionen in zeitgemäße Bildung sowie eine Qualitäts- und Qualifikationsoffensive in Aus- und Weiterbildung, um vom Wissen zum Handeln zu kommen.

Umdenken in der Schule

Schulen nähmen ihren Auftrag im Bereich Klima nicht ernst genug, sagten Luisa Regel und Jeremy Jarsetz vom Landesschülerausschuss Berlin (LSA). Durch mangelnde Aufklärung verfehlten viele Schulen ihre Aufgabe, Schülerinnen und Schüler zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern nach Grundsätzen der Demokratie zu erziehen, so die Pressesprecherin des LSA.

„Dies können Schulen nur erreichen, indem sie breit gefächert über die Ursachen und Folgen des Klimawandels für uns und die nachfolgenden Generationen aufklären.“ Schule müsse ihrem Erziehungsauftrag beim Thema Klimawandel dringend gerecht werden, sagte auch Jarsetz, stellvertretender Vorsitzender des LSA.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Klimabeiräte und Projekttag

Konkret fordere der LSA die Einführung von Klimabeiräten auf Schul-, Bezirks- und Landesebene, sagte Regel. Auch müsse der Klimawandel so oft es gehe Teil des Unterrichts sein. Jarsetz ergänzte: Es solle an allen Berliner Schulen einen jährlichen Projekttag zum Thema Klimaschutz und Nachhaltigkeit geben. „Ziel hierbei ist es, mit den Schülerinnen und Schülern im kleinen Kreis Lösungsansätze zu finden, sei es fürs große Ganze oder für den kleinen Kreis der Schule.“

Zudem müsse Schule ein „klimagerechter Bildungsraum“ werden, sagte Regel. Es brauche zum Beispiel ein Umdenken bei den Themen Schulessen und Mülltrennung. Eine bessere Bildung im Bereich Klima, so die LSAPressesprecherin, sei der Schlüssel zum Erfolg für ein nachhaltiges und klimaneutrales Leben. (irs/24.02.2021)

Das Wortprotokoll kann unter folgendem Link abgerufen werden:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/834492/837e399e6c08d3101714a4f0be314343/Wortprotokoll-der-46-Sitzung-der-Kinderkommission-data.pdf>

1.2. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Generationenaufgabe Klimawandel“

Zu diesem Thema fand am **3. März 2021** ein Gespräch mit den folgenden Sachverständigen statt: **Hannah Pirot** und **Samira Ghandour** (Fridays for Future Berlin), **Maike Gossen** (Institut für ökologische Wirtschaftsforschung) und **Dante Davis** und **Nils König** (Jugendprojektbeirat „Zukunft? Jugend fragen! 2019“).

Hierzu war der folgende Artikel auf der Webseite des Deutschen Bundestages zu finden:

Jugendliche fordern Handeln statt Reden beim Umwelt- und Klimaschutz

Mit der „**Generationenaufgabe Klimawandel**“ hat sich die Kinderkommission des Deutschen Bundestages (KiKo) am **Mittwoch, 3. März 2021**, beschäftigt. Das sei ein Thema, das viele junge Menschen mobilisiert habe, sagte die Vorsitzende **Charlotte Schneidewind-Hartnagel (Bündnis 90/Die Grünen)**, die die Sitzung leitete.

Zu Gast waren Klimaaktivistinnen von Fridays for Future Berlin. Außerdem Mitglieder des Jugendprojektbeirat der Studie „Zukunft? Jugend fragen! 2019“ sowie Maike Gossen vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung.

Handeln statt Reden

Die Politik müsse endlich handeln, statt nur zu reden. Das forderten die Schülerinnen und Klimaaktivistinnen **Hannah Pirot** und **Samira Ghandour** von **Fridays For Future Berlin**. Die Zeit dränge, die Herausforderungen würden mit jeder Sekunde, die verstreiche, größer. Und am Ende sei es die jüngere Generation, die den Kopf hinhalten müsse, sagte Ghandour.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Politik müsse „wirklich zuhören mit dem Herzen“, so Pirot. Es fehle an Empathie, an Betroffenheit. Zwar sei Fridays For Future präsent. „Deutschlandweit waren wir 1,4 Millionen Menschen auf den Straßen“, sagte Ghandour. Trotzdem passiere nichts. Die Schülerinnen fordern, dass die Politik Verantwortung übernehme. Schließlich sei es ihre Aufgabe, zukunftsweisende Entscheidungen zu treffen.

Stattdessen sei das Klimapaket vielmehr ein „Klimapaketchen“, der Kohleausstieg eher ein Einstieg. Man müsse auf die Wissenschaft hören, sagte Ghandour. „Es gibt langsam keine Ausreden mehr – es reicht.“ Die Schülerinnen fordern unter anderem den Kohleausstieg und eine rein erneuerbare Energieversorgung bis 2030. „Wir sind das erste Symptom und die letzte Warnung“, sagte Pirot. „Wir streiken bis ihr handelt.“

Studie „Zukunft? Jugend fragen!“

Umweltbewegungen wie Fridays for Future verfügten über ein großes Mobilitätspotenzial und eine hohe Akzeptanz, sagte **Maike Gossen**, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim **Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)**. Seit 2017 führt das Institut alle zwei Jahre im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und des Umweltbundesamtes die Studie „Zukunft? Jugend fragen!“ durch.

Das Ziel sei, wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse zu Einstellungen und Verhaltensweisen junger Menschen zu verschiedenen Themen des Umwelt- und Klimaschutzes zu erarbeiten, sagte Gossen. Im Mittelpunkt stehe die Onlinebefragung von rund 1.000 jungen Menschen im Alter von 14 bis 22 Jahren.

Umwelt- und Klimaschutz als wichtigstes Problem

Die Befragung zeige den hohen Stellenwert, den Umwelt- und Klimaschutz bei Jugendlichen einnehmen, sagte Gossen: In der Studie von 2019 landete das Thema auf Platz eins bei der Frage nach den wichtigsten gesellschaftlichen Problemen, gefolgt vom Zustand des Bildungswesens und sozialer Gerechtigkeit.

Mehr als 60 Prozent der Befragten gaben zudem an, dass jede und jeder Einzelne einen wichtigen Beitrag für Umwelt- und Klimaschutz in Deutschland leisten könne. Auf Platz zwei landete die Industrie, dicht dahinter die Bundesregierung. Befragt nach ihrem Engagement, antwortete mehr als die Hälfte der Jugendlichen, schon einmal eine Online-Aktion und Online-Petition unterstützt zu haben. Etwa jede oder jeder Dritte sei bereits auf einer Demonstration gewesen und etwa ein Viertel mache bei Fridays for Future mit.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Corona-Pandemie und Klimawandel

In der diesjährigen Studie, durchgeführt im Januar und Februar, standen laut Gossen folgende Themen im Mittelpunkt: die Wahrnehmung multipler Krisen, Social Media-Nutzung und Umwelt- und Klimaschutz sowie kollektives Engagement und Fridays for Future. Ein vorläufiges Ergebnis sei, dass aus Sicht der Jugendlichen die Corona-Pandemie die Umwelt- und Klimathematik aus der öffentlichen Diskussion verdränge.

Sie erwarte jedoch, sagte Gossen, dass das hohe Interesse und Engagement junger Menschen beim Umwelt- und Klimaschutz bestehen bleibe. Jugendpartizipation und politische Teilhabe seien wichtige Bestandteile einer zukunftsfähigen Politik. Auch wenn es nicht „die eine Jugend“ gebe, wie die IÖW-Mitarbeiterin betonte. Weil sich Einstellungen und Verhaltensweisen unterschieden, differenziere das Institut zwischen drei Jugendtypen: den Idealistischen (35 Prozent), den Pragmatischen (39 Prozent) und den Distanzierten (26 Prozent).

Zehn Forderungen an die Umweltpolitik

Auch die Studie setzt auf eine intensive Beteiligung junger Menschen. Eine wichtige Rolle spielt dabei der **Jugendprojektbeirat**, der die Studie begleitet. **Dante Davis und Nils König**, Mitglieder des Beirates, formulierten in der KiKo seine zehn Forderungen an die Umweltpolitik: Internationale Klimaziele müssten eingehalten werden, sagte König. Es brauche eine konsequente Mobilitätswende und ein Umdenken bei der Landwirtschaft, subventioniert werden solle nur noch Bio-Landwirtschaft. Das Thema Nachhaltigkeit müsse fest im Lehrangebot verankert werden und es brauche eine repräsentative Jugenddelegation auf Bundesebene.

Darüber hinaus müsse die Energiewende konsequent umgesetzt werden, ergänzte Dante. Es brauche zudem einen Fokus auf soziale Gerechtigkeit beim Umwelt- und Klimaschutz. Auch fordere der Beirat, nachhaltiges Leben in der Stadt und auf dem Land zu fördern, eine nachhaltige Digitalisierung, Plastikverbrauch zu reduzieren sowie Mülltrennung und Recycling voranzubringen.

Wie die beiden Klimaaktivistinnen von Fridays for Future Berlin sehen auch Davis und König eine Diskrepanz zwischen Reden und Handeln. Zwar würden junge Menschen gehört, aber daraus folge nichts. Auch werde das Thema Klimawandel oft verdrängt. „Vieles wird ausgesessen und ignoriert“, sagte König. „Da muss noch viel passieren.“ (irs/03.03.2021)

Das Wortprotokoll kann unter folgendem Link abgerufen werden:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/834510/e69696d0358a932ed92e73e046e7abe4/Wortprotokoll-der-47-Sitzung-der-Kinderkommission-data.pdf>



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1.3. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Auswirkungen geringer Nachhaltigkeit auf Kinder“

Zu diesem Thema fand am **24. März 2021** ein Gespräch mit den folgenden Sachverständigen statt: **Privatdozent Dr. med. Stephan Böse-O'Reilly** (LMU Klinikum Universität München, Leiter AG Globale Umweltmedizin am Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin), **Sylvia Hartmann** (KLUG – Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit e. V.) und **Laura Stenz** (Deutscher Allergie- und Asthmabund (DAAB), Mitglied im Europäischen Allergie- und Asthmajugendparlament).

Hierzu war der folgende Artikel auf der Webseite des Deutschen Bundestages zu finden:

Experten: Klimawandel hat massive Folgen für die Gesundheit von Kindern

Die **Auswirkungen geringer Nachhaltigkeit auf Kinder und Jugendliche** waren Thema eines öffentlichen Fachgesprächs der **Kinderkommission** des Bundestages (KiKo). Im Mittelpunkt der Sitzung am **Mittwoch, 24. März 2021**, unter Leitung der Vorsitzenden **Charlotte Schneidewind-Hartnagel (Bündnis 90/Die Grünen)** stand die Frage: Welche gesundheitlichen und medizinischen Folgen hat eine nicht intakte Umwelt für junge Menschen? Zu Gast waren Fachleute aus den Bereichen Gesundheit und Umweltmedizin.

Hartmann: Klimakrise ist Gesundheitskrise

Mit dem Thema der Anhörung beschäftigte sich die Ärzteschaft schon seit Längerem, sagte **Sylvia Hartmann**, Gründungsmitglied und stellvertretende Vorsitzende der **Deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit (KLUG)**. Das Bündnis besteht aus Organisationen und Einzelpersonen aus dem Gesundheitsbereich und hat das Ziel, den Klimawandel als wichtiges Gesundheitsthema zu etablieren sowie politische und gesellschaftliche Veränderungen anzustoßen.

Hartmann verwies auf den „Lancet Countdown“ aus dem Jahr 2019, einem Bericht des medizinischen Fachjournals „The Lancet“ über die gesundheitlichen Folgen der Erderwärmung. Demzufolge wird, wenn die Temperaturen weiter steigen wie bisher, ein heute geborenes Kind eine Welt erleben, die vier Grad wärmer ist als der vorindustrielle Durchschnitt. Dabei sei die Klimakrise vor allem auch eine Gesundheitskrise, sagte Hartmann.

Kinder von Luftverschmutzung besonders betroffen

In ihrem Vortrag konzentrierte sie sich auf die gesundheitlichen Folgen der Luftverschmutzung. Einer Studie zufolge stürben daran mehr Menschen als durch Rauchen, sagte die Ärztin. Vor allem Kinder seien von Luftverschmutzung betroffen. Zum einen, weil sie pro Kilo Körpergewicht mehr Feinstaub einatmeten als Erwachsene und eine höhere Atemfrequenz hätten. Zum anderen, weil sie mehr Zeit draußen verbrachten und sich ihre Nasen näher an den Auspuffrohren von Fahrzeugen befänden.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hartmann zufolge habe Luftverschmutzung schon im Bauch der Mutter Auswirkungen auf die Gesundheit der Kinder. Laut der Ärztin sind die drei Hauptquellen Energiegewinnung, Landwirtschaft und Verkehr. „Das bedeutet: Wir brauchen eine Energiewende, eine Agrarwende und eine Verkehrswende“, so Hartmann. Sie ist überzeugt: „Klimaschutz ist Prävention.“ Schließlich gehe es beim Klimaschutz auch darum, zukünftige Generationen nicht um ihre gesunde Zukunft zu betrüben.

Mehr Pollenallergien und neue Krankheiten

Auch **Privatdozent DR. med. Stephan Böse-O'Reilly** sagte: „Der Klimawandel ist die große Herausforderung dieses Jahrhunderts.“ Böse-O'Reilly ist Kinderarzt und Umweltmediziner am **Klinikum der Ludwig-Maximilians-Universität München**. Dort leitet er die Arbeitsgruppe Globale Umweltmedizin des Instituts und der Poliklinik für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, die sich mit den Zusammenhängen zwischen Umweltbelastungen und der Gesundheit von Kindern beschäftigt.

Laut Böse-O'Reilly wirkt sich der Klimawandel zum Beispiel auf die Verbreitung der Ambrosia Pollen aus. „Das sind die Pollen unserer Enkelkinder.“ Längere Blütephasen und ein verbessertes Pflanzenwachstum durch einen höheren CO₂-Gehalt in der Atmosphäre – dem Mediziner zufolge droht ein ganzjähriger Pollenflug. Dabei sei eine Ambrosia-Allergie sehr unangenehm und führe schnell zu Asthma.

Auch Krankheitsträger wie Zecken, Mücken und Sandfliegen, sogenannte Vektoren, könnten sich durch die Temperaturänderungen besser in Deutschland ausbreiten, meint der Umweltmediziner. Und mit ihnen die Krankheiten. „Unsere Kinder werden sich mit anderen Keimen beschäftigen müssen, als wir uns.“ Darauf müsse sich das Gesundheitssystem einstellen.

Böse-O'Reilly: Pariser Klimaziel ist nicht verhandelbar

Ein Thema, bei dem der Mediziner „erheblichen Forschungsbedarf für Deutschland“ sieht, sind meteorologische Extremwetterereignisse wie Starkniederschlag und Überschwemmungen. Böse-O'Reilly zufolge können solche Katastrophen als „Trigger-Ereignisse“ zu Posttraumatischen Belastungsstörungen führen. Kinder seien dafür besonders anfällig, da sie zum Beispiel weniger Bewältigungsstrategien hätten als Erwachsene. „Das Erlebnis einer Naturkatastrophe vor dem fünften Lebensjahr erhöht die Wahrscheinlichkeit um 50 Prozent, dass man ein Leben lang Angstzustände und Stimmungsschwankungen hat“, sagte der Mediziner. Das wiederum könne zu Substanzmissbrauch führen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Aus Sicht des Kinderarztes sei es deshalb „extrem wichtig“, dass die Politik alles dafür tue, um das Pariser Klimaziel zu erreichen und die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Das sei nicht verhandelbar. Darüber hinaus forderte Böse-O'Reilly, Forschungslücken zu schließen und global zu denken. Außerdem brauche es Fortbildungen für Ärztinnen und Ärzte.

Klimawandel verstärkt allergische Symptome

Über den Einfluss von Umwelt und Klima auf Allergien und Asthma sprach auch **Laura Stenz**, Patientenvertreterin vom **Deutschen Allergie und Asthmabund (DAAB)** und **Mitglied im Europäischen Allergie- und Asthmajugendparlament**, einer Initiative der gemeinnützigen Organisation Europäische Föderation der Patientenverbände für Allergie und Atemwegserkrankungen (EFA).

Klimawandel und Luftverschmutzung verstärkten allergische Symptome, sagte Stenz. Zum Beispiel, weil manche Pflanzen wegen der steigenden Temperaturen im Herbst ein zweites Mal blühten oder weil Überschwemmungen zu einer vermehrten Schimmelbildung führten. Das habe vor allem Folgen für Kinder, denn ihr Immunsystem bilde sich noch aus, erklärte Stenz. „Wenn wir mehr Allergene in der Luft haben, werden mehr Kinder Allergien entwickeln.“

Stenz: Allergien werden bagatellisiert

Die DAAB-Patientenvertreterin kritisierte, dass Allergien häufig bagatellisiert würden. Das führe zu einer unzureichenden Versorgung und könne die mentale Gesundheit gefährden. Zudem würden viele Kosten nicht von den Krankenkassen übernommen, was vor allem für Kinder aus sozioökonomisch schwachen Familien problematisch sei.

Stenz sprach sich für eine Barrierefreiheit für Allergikerinnen und Allergiker aus. Oft begegneten Menschen mit Allergien Hindernisse, die anderen nicht einmal auffielen, sagte die junge Frau. Ein Beispiel: Polstermöbel im Bus. Die seien für Menschen mit Hausstaubmilben- oder Tierhaarallergie nicht geeignet. „Das heißt, man schließt ganze Gruppen von der Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln aus.“ Stenz forderte deshalb: „Der öffentliche Raum muss unbedingt allergiegerecht gestaltet werden.“ (irs/24.03.2021)

Das Wortprotokoll kann unter folgendem Link abgerufen werden:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/840306/d26026c1db82ad0fd9272eb979e7fb28/Wortprotokoll-der-48-Sitzung-der-Kinderkommission-data.pdf>

1.4. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Kinderrecht auf eine gesunde Umwelt“

Die Kinderkommission lud am **14. April 2021** zu diesem Thema **Lydia Berneburg** und **Raina Ivanova** (beide UNICEF), **Juliane Kippenberg** (Human Rights Watch) sowie **Jonas Schubert** (Terre des Hommes) als Sachverständige in die 49. Sitzung ein.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hierzu war der folgende Artikel auf der Webseite des Deutschen Bundestages zu finden:

Sachverständige: Umweltkrise ist Krise der Kinderrechte

Was steckt hinter dem **Kinderrecht auf eine gesunde Umwelt**? Und wie kann es umgesetzt werden? Mit diesen Fragen hat sich die **Kinderkommission** des Deutschen Bundestages (KiKo) am Mittwoch, **14. April 2021**, in einem öffentlichen Fachgespräch unter der Leitung der Vorsitzenden **Charlotte Schneidewind-Hartnagel (Bündnis 90/Die Grünen)** beschäftigt. Zu Gast waren Expertinnen und Experten von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen.

Kinder sind besonders verwundbar

Eine von ihnen war **Lydia Berneburg** vom Kinderhilfswerk **Unicef**. Sie sagte: „Die Umweltkrise ist eine Krise der Kinderrechte.“ Mehr als ein Viertel der Todesfälle bei Kindern unter fünf Jahren könnte verhindert werden, wenn Umweltrisiken adressiert würden, so die Expertin. Auch werde erwartet, dass bis 2040 jedes vierte Kind keinen ausreichenden Zugang zu Wasser haben werde.

Dabei seien Kinder besonders verwundbar, erklärte Berneburg. Etwa weil sie mehr Giftstoffe aufnehmen als Erwachsene. In allen Phasen ihres Lebens seien sie von Umweltrisiken betroffen, von der Schwangerschaft bis zum Jugendalter. Unicef mache sich deshalb dafür stark, dass das Kinderrecht auf eine gesunde Umwelt international anerkannt und umgesetzt würde. Zu den Kernbereichen, die das Hilfswerk adressiere, gehörten zum Beispiel die Förderung von reaktions- und anpassungsfähiger medizinischer Grundversorgung sowie die Integration einer gesunden Umwelt in Schulprogrammen.

Anknüpfend an die UN-Kinderrechtskonvention, dem 1989 von den Vereinten Nationen beschlossenen Regelwerk zum Schutz der Kinder weltweit, sowie die ebenfalls von der UN verabschiedete sogenannte Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung fordere Unicef die Bundesregierung dazu auf, Kinder vor Umweltbelastungen und den Folgen des Klimawandels zu schützen sowie Kinderrechte umfassend in der Umwelt- und Klimapolitik zu berücksichtigen und die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken.

Klimakrise und Umweltgifte

Auch **Juliane Kippenberg**, stellvertretende Leiterin der Abteilung Kinderrechte bei der Menschenrechtsorganisation **Human Rights Watch**, sieht dringenden Handlungsbedarf. Neben Kinderrechtsverletzungen, die aus der Klimakrise resultierten wie zum Beispiel Wasserknappheit und Waldbrände, seien Umweltgifte ein zentrales Problem. Dazu zählt die Kinderrechtsexpertin schädliche Schwermetalle wie Quecksilber, aber auch den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft sowie giftige Stoffe in der Leder- und Textilproduktion.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die NGO fordere deshalb, Kinderrechte in die nationale wie internationale Umweltpolitik zu verankern, so Kippenberg. Vor allem mache sich Human Rights Watch für eine Anerkennung des Menschenrechts auf eine sichere, saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt durch die Vereinten Nationen stark. Dies solle Kinderrechte explizit einschließen. Es brauche eine Klimapolitik, die der Dramatik der Lage gerecht würde und die Rechte von Kindern und zukünftigen Generationen im Blick habe. Darüber hinaus fordere Unicef ein robustes Lieferkettengesetz, um Umweltschäden mit Folgen für Kinderrechte in globalen Lieferketten zu vermeiden. „Da muss deutlich nachgebessert werden“, sagte Kippenberg.

Umweltschutz und Kinderrechtsschutz

Eine Stärkung des Kinderrechts auf eine gesunde Umwelt forderte auch **Jonas Schubert**, Kinderrechtsexperte beim Hilfswerk **Terre des Hommes**. Zwar gebe es durchaus eine große Schnittmenge zwischen den beiden Politikbereichen Umwelt- und Kinderrechtsschutz, doch würde diese häufig nicht ausreichend berücksichtigt.

Schubert zufolge ist die UN-Kinderrechtskonvention eine gute normative Grundlage für den Umweltschutz. Eine gesunde und intakte Umwelt sei die Voraussetzung für die Umsetzung einer breiten Palette von Kinderrechten, so der Experte. Die Verwirklichung der Kinderrechte wiederum sei eine Voraussetzung für gute Umweltpolitik. Schubert sagte: „Alle Kategorien von Kinderrechten können eine Umweltdimension haben: Schutz-, Beteiligungs- und Gewährleistungsrechte.“

„Deutschland könnte aktivere Rolle spielen“

Die Kernforderung laute, Kinderrechte müssten angemessen in nationaler und internationaler Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik berücksichtigt werden. Für Deutschland bedeute dies etwa, die Bundesregierung sei verpflichtet, internationale Vereinbarungen zu treffen, die dem Kinderrechts- und Umweltschutz dienen, so Schubert.

Und sie müsse diese Vereinbarung umsetzen. Als langfristiges Ziel fordere Terre des Hommes zum Beispiel die Verabschiedung eines Zusatzprotokolls zur Kinderrechtskonvention, so Schubert. Dabei sei Deutschland bei dem Thema ein eher passiver Akteur, kritisierte der Kinderrechtsexperte. Entwicklungen würden zwar aufgenommen, doch es brauche eine „proaktivere“ Einstellung. Schubert sagte: „Deutschland könnte eine aktivere Rolle spielen.“

„Klimawandel ist Kinderrechtskrise“

Auch **Raina Ivanova** ist überzeugt: Kinderrechte würden durch den Klimawandel verletzt. Die 17-Jährige ist Teil des **Unicef-Juniorbeirats**. Gemeinsam mit Jugendlichen aus zwölf Ländern, darunter die schwedische Aktivistin Greta Thunberg, hat Ivanova 2019 bei den Vereinten Nationen eine



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kinderrechtsbeschwerde eingereicht. „Stellvertretend für unsere Generation und die nachfolgenden Generationen“, so die Jugendliche. Die Beschwerde richte sich gegen die Länder Argentinien, Brasilien, Frankreich, Türkei und Deutschland. Diese hielten die Klage jedoch für unzulässig, sagte Ivanova. Im Mai werde nun der Kinderrechtsausschuss eine Entscheidung treffen.

„Deutschland ist eines der Länder, die für die Folgen des Klimawandels mitverantwortlich sind“, kritisierte Ivanova. Die Bemühungen reichten nicht aus, um eine sichere Zukunft für ihre Generation zu gewährleisten. Es sei ersichtlich, dass sich die Bundesrepublik „weder an nationale Klimaziele noch an internationale Abkommen halten kann, was die Einschränkung und Verletzung von Kinderrechten zur Folge hat“. Durch die Beschwerde forderten die Jugendlichen unter anderem die Feststellung, dass der Klimawandel eine Kinderrechtskrise sei und die fünf Länder durch ihren „wissentlichen Beitrag zum Klimawandel“ Kinderrechte verletzen.

Von aktivem Austausch profitieren

Denn es sei ihre Generation, die von den Auswirkungen des Klimawandels am stärksten betroffen sei, so die 17-Jährige. Deshalb würden es viele Jugendliche in ihrer Verantwortung sehen, für Klimaschutz zu kämpfen. „Ein ganz entscheidender Teil hiervon ist Jugendpartizipation“, sagte Ivanova. Junge Menschen sollten die Möglichkeit haben, mitzuentcheiden, wenn es um ihre Zukunft gehe. Doch weil Kinder und Jugendliche nicht wählen könnten, seien ihre Meinungen bei Entscheidungen oftmals unterrepräsentiert.

Von einem aktiven Austausch, meinte Ivanova, könnten beide Seiten profitieren. Die 17-Jährige ist überzeugt, das Recht auf eine gesunde Umwelt sei für ihre wie auch für zukünftige Generationen unverzichtbar. „Weil nur in einer gesunden Umwelt all die Kinderrechte verwirklicht werden können.“ (irs/14.04.2021)

Das Wortprotokoll kann unter folgendem Link abgerufen werden:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/844730/df31bcc6ee99e3251e8861e594a8e41b/Wortprotokoll-der-49-Sitzung-der-Kinderkommission-data.pdf>

1.5. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Kinderengagement für Klima und Umwelt“

Für die Sitzung der Kinderkommission am **21. April 2021** wurden die folgenden Sachverständigen eingeladen: **Kawa Eibesh** und **Anna Herberholz** (beide BUNDjugend), **Martha Gärtner** und **Susanne Hassel** (beide UNICEF) sowie **Celina Menk** und **Janett Schneider** (beide Pfadfinderinnen-schaft St. Georg – Diözesanverband Münster).



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Deutsche Bundestag hat auf seiner Homepage hierzu den folgenden Artikel veröffentlicht:

Experten: Kinderengagement muss ernst genommen werden

Das **Engagement junger Menschen für Klima und Umwelt war am Mittwoch, 21. April 2021**, Thema eines öffentlichen Fachgesprächs der Kinderkommission des Deutschen Bundestages (KiKo). Einen Tag vor dem alljährlichen Aktionstag Earth Day, wie die KiKo-Vorsitzende **Charlotte Schneidewind-Hartnagel (Bündnis 90/Die Grünen)** zu Beginn des öffentlichen Fachgesprächs hervorhob. Dieser mache auf den Umgang mit unserer Umwelt aufmerksam, sagte die Abgeordnete, unter deren Vorsitz sich die KiKo seit Mitte Februar 2021 dem Thema Kinder und Umwelt widmet.

Im Mittelpunkt der Sitzung standen die Fragen: Wie engagieren sich junge Menschen für Klima und Umwelt? Welche Motivation steckt dahinter? Was brauchen Kinder und Jugendliche, um sich engagieren zu können? Zu Gast waren sechs Expertinnen und Experten von **BUNDjugend, Unicef** und **Pfadfinderinnenschaft St. Georg**, die mit der KiKo ihre Erfahrungen und Perspektiven teilten.

Engagement muss anerkannt werden

„Wir engagieren uns für unser aller Zukunft“, sagte **Martha Gärtner** vom Kinderhilfswerk **Unicef**. Dieses Engagement dürfe nicht belächelt werden. Es müsse ernst genommen werden, denn es gehe um ein ernstes Thema. Die Fridays-for-Future-Bewegung sei dabei nur ein Beispiel von vielen, sagte Gärtner, die sich selbst seit 2018 im Unicef Juniorteam für Kinderrechte stark macht.

Ziel des Engagements sei es, zu informieren und aufzuklären – und zwar kreativ. „Kinder- und Jugendengagement steckt voll kreativer Ideen, die umgesetzt werden wollen“, sagte Gärtner. „Das muss anerkannt werden.“ Es brauche Räume und Orte, an denen Engagement stattfinden könne, forderte sie. Und, es müsse Partizipationsmöglichkeiten geben. Junge Menschen müssten an Entscheidungen beteiligt werden, die sie betreffen. An die KiKo-Mitglieder gerichtet sagte Gärtner: „Sie können uns eine Bühne geben. Machen Sie auf unsere Anliegen aufmerksam.“

Engagement aktiv fördern

Susanne Hassel, die bei **Unicef** im Bereich Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe tätig ist, ergänzte: „Es ist Zeit zu handeln und viele Kinder und Jugendliche tun das bereits.“ Dabei seien junge Menschen in Deutschland mit ihrem Engagement gegen den Klimawandel und für eine saubere Umwelt nicht allein. Ein gutes Beispiel dafür sei die „Declaration on Children, Youth and Climate Action“, sagte Hassel. Die Erklärung von 2019 zeige, dass die Forderungen nach einem konkreten Handlungsrahmen von jungen Menschen weltweit geteilt und aktiv vorangetrieben werde. Zu den sieben Kernforderungen der Jugendlichen gehörten zum Beispiel die Forderung nach der globalen Anerkennung und Umsetzung des Rechts von Kindern auf eine gesunde Umwelt.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zwar ersetze die Erklärung keine konkreten Maßnahmen und einen nationalen politischen Rahmen für Engagement, sagte Hassel. „Aber sie ist definitiv eine wichtige Absichtserklärung und somit ein zentraler erster Schritt, den junge Menschen selbst einfordern und den wir deshalb als Unicef auch gemeinsam mit Jugendlichen weltweit, zahlreichen Partnerorganisationen und auch Regierungen, die die Erklärung schon unterzeichnet haben, aktiv fördern.“ Sie hoffe, dass auch Deutschland spätestens bis zur diesjährigen Klimakonferenz zu den Unterstützern gehöre, um die Stimme der jungen Menschen zu hören und Engagement aktiv zu fördern.

Zukunft in den Händen der Kinder

Zu Gast waren außerdem **Celina Menk** und **Janett Schneider** von der **Pfadfinderinnenschaft St. Georg (PSG) Diözesanverband Münster**. Die PSG ist ein katholischer Mädchenverband, der seine Wurzeln in der internationalen Pfadfinderinnenbewegung hat. Natur und Naturschutz seien grundlegende Themen im Verband, sagte Schneider. In der PSG gehört die ehemalige Diözesanvorsitzende dem 2020 gegründeten Referat Nachhaltigkeit an.

Im Jahr 2018 startete der Mädchenverband ein ökofaires Projekt, erzählte Schneider. Die Mitglieder entwickelten ein Positionspapier und eine Selbstverpflichtungserklärung mit ökofairen Kriterien für Veranstaltungen, nahmen an Fortbildungen teil und planten verschiedene Aktionen wie etwa ein „bis ins kleinste Detail“ ökofaires und nachhaltiges Zeltlager. Seit 2019 darf sich die PSG „ökofairer Jugendverband“ nennen. Die Pfadfinderinnen setzen sich unter anderem für eine erlebbare Naturpädagogik ein. „Denn nur, wer die Natur kennt, weiß sie zu lieben und zu schützen“, sagte Diözesanvorsitzende Menk. „Die Zukunft“, so Menk, „liegt in den Händen der Kinder.“

Freiwilligendienste, Wahlalter und Klimaflucht

Es brauche bessere Bedingungen und Vergütungen für die zivilen Freiwilligendienste, forderte **Kawa Eibesh**. „Gerade in der Krisenzeit sollten die Solidarität, der Respekt und das Umweltbewusstsein in der Zivilgesellschaft gestärkt werden.“ Der 23-Jährige ist Mitglied im Bundesvorstand von **BUNDjugend**, dem Jugendverband des Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) für junge Menschen bis 27 Jahren. Kritisch sieht Eibesh hingegen den neuen Freiwilligendienst der Bundeswehr, da dieser eine Konkurrenz für bestehende zivile Freiwilligendienste wie zum Beispiel das Freiwillige Ökologische Jahr darstelle.

Darüber hinaus solle das Wahlalter gesenkt werden, ergänzte **Anna Herberholz** vom **BUNDjugend-Landesverband Nordrhein-Westfalen**. Die Rechte und Bedürfnisse ihrer Generation müssten gesehen und berücksichtigt werden. Noch vor der Bundestagswahl im September 2021 solle deshalb das Wahlalter auf 16, perspektivisch sogar auf 14 Jahre gesenkt werden. Die 16-Jährige forderte zudem: „Der Klimaschutz muss auch die soziale Gerechtigkeit umfassen.“ Unternehmen müssten mit einem starken Lieferkettengesetz stärker in die Verantwortung genommen werden, fügte Eibesh



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

hinzu. Außerdem müsse in Deutschland und der Europäischen Union Klimaflucht als Asylgrund anerkannt werden. (irs/22.04.2021)

Das Wortprotokoll kann unter folgendem Link abgerufen werden:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/844734/ca26581d4fc129fbc28768d96369b0af/Wortprotokoll-der-50-Sitzung-der-Kinderkommission-data.pdf>

1.6. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Auswirkungen von Umweltverschmutzung und umweltschädigenden Produkten auf Kinder“

Für die Sitzung der Kinderkommission am **5. Mai 2021** wurden folgende Sachverständige eingeladen: **Alexandra Caterbow** (HEJ!Support – Health-Environment-Justice), **Prof. Dr. Maria Klatte** (Technische Universität Kaiserslautern), **Dr. Marike Kolossa-Gehring** (Umweltbundesamt) und **Prof. Dr. Claudia Traidl-Hoffmann** (Technische Universität München).

Der Deutsche Bundestag hat auf seiner Homepage hierzu den folgenden Artikel veröffentlicht:

Gefahr von Chemikalien in Spielzeug, Lärm in Schulen und Luftschadstoffen

Schädliche Chemikalien in Spielzeug, Lärm in Schulen und Luftschadstoffe. Die **Auswirkungen von Umweltverschmutzung und umweltschädigenden Produkten auf Kinder** standen am **Mittwoch, 5. Mai 2021**, im Mittelpunkt eines Expertengesprächs der **Kinderkommission** des Deutschen Bundestages (Kiko). Unter dem Vorsitz von **Charlotte Schneidewind-Hartnagel (Bündnis 90/Die Grünen)** widmet sich die Kiko seit Mitte Februar dem Thema Kinder und Umwelt.

Mehr chronisch-entzündliche Erkrankungen

Wie **Prof. Dr. med. Claudia Traidl-Hoffmann**, Direktorin der Umweltmedizin am **Universitätsklinikum Augsburg**, sagte, hat es in den vergangenen Jahrzehnten eine Zunahme an chronisch-entzündlichen Erkrankungen gegeben. „Das sind Erkrankungen, die eins gemeinsam haben, nämlich den Umwelteinfluss und die chronische Entzündung.“

Zudem komme es zu einer Aktivierung von Genen durch Umweltfaktoren, erklärte die Expertin. Dabei gebe es klare Hinweise darauf, dass diese epigenetischen Veränderungen vererbbar seien. Umweltfaktoren schädigten somit „nicht nur uns“, sagte Dr. Traidl-Hoffmann. Sondern seien übertragbar in die nächsten Generationen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

U-Untersuchungen und soziale Ungerechtigkeit

Traidl-Hoffmann forderte: „Wir müssen bei Kindern Prävention schaffen, um nachhaltige Gesundheit zu ermöglichen.“ Konkret sprach sie sich für Hitzepläne für Schulen aus, sie forderte Grenzwerte für Luftschadstoffe in den Klassenzimmern und eine bessere Vorsorge in Sachen Allergien. Diese sollten bereits in den Untersuchungen für Kinder berücksichtigt werden.

Außerdem müsse die soziale Ungerechtigkeit in den Blick genommen werden, um das Kindeswohl in allen Gesellschaftsschichten zu schützen, sagte die Medizinerin. Je näher ein Kind an einer befahrenen Straße lebe, desto höher sei zum Beispiel die Wahrscheinlichkeit an Neurodermitis zu erkranken. Das wiederum sei die „Eintrittspforte“ für neue Allergien.

Aus Sicht der Sachverständigen sollten darüber hinaus Städteplaner in Zukunft mit Medizinern kooperieren. Dr. Traidl-Hoffmann forderte: „Wir brauchen vernünftige Städteplanungen“. Das Stichwort laute „Missing Green“. Wenn grüne Natur fehle, gehe das zulasten unserer Gesundheit. Zudem leide die Biodiversität, deren Verlust mit der Entwicklung von Allergien einhergehe.

Allergene in zahlreichen Produkten

Wie **Dr. Marike Kolossa-Gehring** sagte, gehören allergische Erkrankungen zu den häufigsten gesundheitlichen Beeinträchtigungen bei Kindern und Jugendlichen. Die Biologin und Toxikologin, die im Umweltbundesamt das Fachgebiet „Toxikologie, gesundheitsbezogene Umweltbeobachtung“ leitet, widmete sich in ihrem Vortrag Allergenen in Produkten.

Zwar könnten Allergien durch natürliche Faktoren wie Pollen oder Tierhaare ausgelöst werden, so die Sachverständige. Aber auch „durch eine ganze Reihe von Chemikalien und synthetischen Stoffen“ wie zum Beispiel Duftstoffe und Konservierungsmittel. Dabei kämen Allergene in zahlreichen Produkten vor – von Lebensmitteln über Waschmitteln bis hin zu Spielzeugen. Aufgenommen würden sie über Mund, Atmung und Haut, sagte Kolossa-Gehring. Bei letzterem zum Beispiel durch Weichspüler in der Kleidung und Kosmetika wie Parfüm und Körperlotion.

„Belastung mit Allergenen unausweichlich“

Wie stark Kinder und Jugendliche in Deutschland durch Allergene belastet sind, war Gegenstand der „Deutschen Umweltstudie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“ des Umweltbundesamtes, wie Kolossa-Gehring erläuterte. Ein Ergebnis: „Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass die Belastung mit Allergenen für Kinder und Jugendliche heute in Deutschland unausweichlich ist.“

Sie forderte, Kinder und Jugendliche müssten umfassender vor der Belastung mit allergenen Stoffen geschützt werden. Zum Beispiel brauche es ein Verbot von Allergenen in Spielzeug sowie von



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sensibilisierenden Stoffen in Produkten für Kinder und Jugendlichen. Außerdem sprach sich die Toxikologin für eine stärkere Marktüberwachung und Produktkontrollen aus.

„Kinder sind besonders vulnerabel“

„Kinder sind besonders vulnerabel gegenüber schädlichen Chemikalien und Pestiziden“, sagte **Alexandra Caterbow** von der Nichtregierungsorganisation **Hej! Support**, die sich für eine gesunde Umwelt einsetzt. Vor allem während der pränatalen Entwicklung und in der frühen Kindheit könnten zum Beispiel hormonschädigende Chemikalien Krankheiten auslösen, die dann im späteren Leben auftreten könnten, sagte die Sachverständige. Dazu gehörten zum Beispiel bestimmte Krebsarten und Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Besonders besorgniserregend seien zudem neue Erkenntnisse zum Thema Fruchtbarkeit. „Die weltweite Fruchtbarkeit ist in den letzten 50 Jahren um mehr als 50 Prozent gesunken“, so Caterbow. Zwar seien Chemikalien nicht der einzige Grund für diese Entwicklung, würden aus ihrer Sicht aber zu wenig beachtet.

Keine Auskunftspflicht über Chemikalien in Produkten

Wie die Expertin sagte, komme bereits jedes Kind in Europa mit schädlichen Chemikalien im Körper zur Welt. Dabei werde sich die Anzahl der Chemikalien auf dem Markt Schätzungen zufolge noch bis zum Jahr 2030 verdoppeln.

„Kinder sind täglich einer Vielzahl von Schadstoffen ausgesetzt“, kritisierte Caterbow. Dabei könnten Eltern diese Exposition nicht vermeiden, da es keine ausreichende Auskunftspflicht über Chemikalien in Produkten gebe. Deshalb sei die Politik gefragt durch strenge Gesetze für einen ausreichenden Schutz zu sorgen.

„Kinder leiden unter Lärm“

Mehr Schutz für junge Menschen brauche es auch beim Thema Lärm, sagte **Prof. Dr. Maria Klatte** von der **Technischen Universität Kaiserslautern**. Denn Kinder reagierten besonders stark auf Lärm. Studien zeigten zum Beispiel, dass Lärm bei Kleinkindern das Lernen neuer Wörter beeinträchtige. Wie die Sachverständige erläuterte, liege der Dauerschallpegel in Gruppenräumen von Kindertagesstätten Messungen zufolge bei bis zu 85 Dezibel (dB A). „Das sind Pegel, bei denen man an gewerblichen Arbeitsplätzen Gehörschutz bereitstellen muss.“

Der Lärmstress in Kitas und Schulen beeinflusse nicht nur die Qualität der pädagogischen Interaktion, sagte Klatte. Auch die Kinder litten unter dem Lärm. Sie seien unkonzentrierter, redeten lauter, Kleinkinder schrien öfter. Die hohen Lärmpegel seien zum Teil durch bauliche Mängel bedingt, erläuterte Klatte. Eine akustische Sanierung könne Abhilfe schaffen. Die zweite wichtigste Lärmquelle in der Umwelt von Kindern sei Verkehrslärm, sagte die Sachverständige. Studien zufolge



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

beeinträchtigte Fluglärm zum Beispiel die Leseentwicklung von Kindern und störe den Schulunterricht.

„Risikofaktoren kovariieren“

Wie Klante betonte, kovariieren Risikofaktoren in der Umwelt der Kinder. Vor allem bei Kindern aus sozial benachteiligten Familien häuften sich Umweltstressoren und psychosoziale Risiken in der häuslichen Umwelt und im Wohnumfeld. „Studien zeigen, je mehr Risikofaktoren in der kindlichen Entwicklung vorhanden sind, desto ungünstiger ist die Prognose für den Entwicklungsverlauf.“

Sie forderte deshalb ein Umdenken beim Thema Stadtplanung. „Wir müssen diese räumliche Segregation nach Sozialstatus in den Städten beenden, dem entgegenwirken, weil es hierdurch zu einer Häufung von Risikofaktoren bei sozial benachteiligten Kindern kommt.“ Das habe erhebliche Auswirkungen auf deren Entwicklung. Zudem sollten in Schulen die Anforderungen an die Bau- und Raumakustik umgesetzt sowie das Fluglärmggesetz überarbeitet werden. (irs/05.05.2021)

Das Wortprotokoll kann unter folgendem Link abgerufen werden:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/854232/4c028066576255dfaf7cddbdc145bdc/Wortprotokoll-der-51-Sitzung-der-Kinderkommission-data.pdf>

1.7. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Kinder als Verbraucher*innen“

Für die Sitzung der Kinderkommission am **19. Mai 2021** wurden **Bettina Dingler** (Stiftung Waren-test), **Dr. Vera Fricke** (Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.), **Merlin Gißrau** und **Shae Hampl** (Schüler*in Ellen-Key-Schule Berlin), **Beate Schulze** (Lehrerin Ellen-Key-Schule Berlin), **Johanna Langemeyer** und **Sophie Voß** (Gewinner*innenteam „Jugend testet“ 2020) als Sachverständige eingeladen.

Der Deutsche Bundestag hat auf seiner Homepage hierzu den folgenden Artikel veröffentlicht:

Sachverständige fordern mehr Verbraucherbildung an Schulen

Wie können Kinder und Jugendliche dazu befähigt werden, selbstbestimmte Konsumentscheidungen zu treffen? Und wie steht es um die Verbraucherbildung an Schulen? Das waren einige der Fragen, mit denen sich die **Kinderkommission** des Bundestages (Kiko) am Mittwoch, **19. Mai 2021**, während eines öffentlichen Fachgesprächs beschäftigt hat. Das Thema der Sitzung unter Leitung von **Charlotte Schneidewind-Hartnagel** (Bündnis 90/Die Grünen) lautete „**Kinder als Verbraucher*innen**“.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Junge Menschen als bevorzugte Zielgruppe

„Bereits Kinder und Jugendliche verfügen über eine hohe Kaufkraft“, ist **Dr. Vera Fricke** vom **Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV)** überzeugt. Der Dachverband macht sich für einen starken Verbraucherschutz in Deutschland stark und setzt sich dafür ein, Verbraucherbildung bundesweit in der Schule zu verankern. Fricke, die das Team Verbraucherbildung leitet, sagte: „Als Zielgruppe sind junge Menschen für Unternehmen sehr interessant.“

Kritik übte die Expertin an Lebensmitteln mit Kinderoptik. Denn gerade die enthielten oftmals zu viele Fette, Zucker und Salze. Dabei seien rund 15 Prozent der Drei- bis 17-jährigen übergewichtig, ein Drittel davon adipös. Bei der Gestaltung von Lebensmitteln gebe es Handlungsbedarf, sagte Fricke und forderte: „Es braucht klare gesetzliche Regelungen.“ Sie sprach sich dafür aus, dass ungesunde Lebensmittel nicht mehr an Kinder gerichtet vermarktet werden.

Expertin fordert mehr Verbraucherbildung an Schulen

Außerdem forderte die Sachverständige, Kinder und Jugendliche müssten dazu befähigt werden, eine selbstbestimmte Entscheidung im Konsumalltag zu treffen. Ein wichtiger Hebel sei dabei die Verbraucherbildung an Schulen. Wie Fricke sagte, beschäftigt sich damit auch ein Beschluss der Kultusministerkonferenz aus dem Jahr 2013. Dieser zeige vier Handlungsfelder auf: erstens Finanzen, Marktgeschehen und Verbraucherrecht, zweitens Ernährung und Gesundheit, drittens Medien und Information und viertens nachhaltiger Konsum und Globalisierung.

Trotzdem gebe es bis heute bundesweit keine systematische Verankerung von Verbraucherbildung an Schulen, kritisierte Fricke. Die Expertin forderte, Verbraucherbildung müsse als eigener, prüfungsrelevanter Bestandteil bundesweit in der Curricula aller Schulformen verankert werden. Um dem Thema eine Bühne zu bieten habe der VZBV die Auszeichnung „Verbraucherschule“ ins Leben gerufen.

„Verbraucherschutz heißt auch Umweltschutz“

Zwei, die auf eine solche von der VZBV ausgezeichnete „Verbraucherschule“ gehen, sind **Shae Hampl** und **Merlin Gißrau**. Die beiden besuchen die werkpädagogische Klasse der **Ellen-Key-Schule** in Berlin. „Ich bin echt stolz auf meine Schule, wenn es um Verbraucherschutz geht“, sagte Hampl und berichtete den Kiko-Mitgliedern vom schuleigenen Bienenstock und dem selbstangebauten Gemüse.

Die Schülerin ist überzeugt: „Verbraucherschutz heißt auch Umweltschutz.“ Sie forderte, junge Menschen müssten schon früh an das Thema herangeführt werden. Zum Beispiel, indem sie in der Schule über die Folgen von Massentierhaltung aufgeklärt werden.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entscheidungen bewusst treffen

Verbraucherschutz sei leider oft ein gesellschaftliches Randthema, fügte Gißrau hinzu. Dabei beginne das Dasein als Verbraucherin oder Verbraucher schon früh. Gerade mit Blick auf Kinder und Jugendliche gebe es allerdings viele offene Fragen. Wieso etwa gebe es – anders als beim Tabak – kein Plakatverbot für alkoholische Getränke?

Gißrau sagte: „Es braucht mehr Maßnahmen zum Verbraucherschutz, aber auch zur Verbraucherbildung.“ Jeder müsse seine eigene Entscheidung treffen, so der Schüler. „Aber jede und jeder hat das Recht darauf, diese Entscheidung bewusst zu treffen.“ Hier sei die Politik in der Verantwortung. Er forderte zum Beispiel eine verpflichtende Mehrwertkennzeichnung sowie die Herabsetzung des Wahlalters, um die Partizipation junger Menschen zu stärken.

Jugendliche testen Produkte und Dienstleistungen

Auch **Bettina Dingler** von der **Verbraucherorganisation Stiftung Wartentest** betonte die Bedeutung von Verbraucherbildung. Seit zwanzig Jahren leitet Dingler den Schülerwettbewerb „Jugend testet“, bei dem Jugendliche eigenständig Produkte und Dienstleistungen testen. Sie entwickeln Prüfkriterien, führen Tests durch, werten ihre Ergebnisse aus. Getestet wird alles, was die Zwölf- bis 19-Jährigen interessiert, erklärte die Expertin, vom Radiergummi bis zur Damenbinde.

Im Trend liegt bei den Schülerinnen und Schülern Dingler zufolge vor allem das Thema Digitalisierung. Immer mehr Tests drehten sich um Apps, Streaming, Videokonferenztools und Onlineshopping. Auch Umwelt und Nachhaltigkeit ständen hoch im Kurs, sagte die Expertin. Etwa Tests zur vegetarischen oder veganen Ernährung. Zudem spielten auch bei den Tests immer öfter Umweltkriterien eine Rolle.

Eigene Kriterien für Kaufentscheidung bilden

Dingler ist überzeugt: „Der Wettbewerb leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbraucherbildung.“ Die Jugendlichen lernten, eigene Kriterien für Kaufentscheidungen zu bilden. Außerdem merkten sie, dass Preis und Qualität nicht dasselbe seien, sie verstanden Produktvergleiche zu lesen sowie zu interpretieren und machten die Erfahrung selbst wirksam zu sein.

Dazu kämen soziale Lernerfahrungen wie der Rollenwechsel als Produkttesterin oder Produkttester, die Zusammenarbeit mit anderen und Schule als Erfahrungsraum wahrzunehmen.

Nachwuchstesterinnen vergleichen Gemüseboxen-Abos

Wie genau so ein Test für den Schülerwettbewerb ablaufen kann, davon berichteten **Johanna Langemeyer** und **Sophie Voß**. Die beiden Nachwuchstesterinnen aus Siegen landeten mit ihrem Dienstleistungstest von Gemüseboxen-Abos vergangenes Jahr auf dem Siegertreppchen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

In einem Projektzeitraum von etwa sechs Wochen verglichen sie fünf unterschiedliche Anbieter, wie sie den Kiko-Mitgliedern erzählten. Bewertet hätten sie Homepage, Kundenservice, Nachhaltigkeit, Produktkriterien und Zusatzangebote. Das Ergebnis ihrer Auswertung: kaum Unterschiede beim Kriterium Homepage, dafür umso mehr bei Preis und Nachhaltigkeit.

Zugang zu Informationen

Der Wettbewerb sei ein praktisches Beispiel für Partizipation von Kindern und Jugendlichen, so die Nachwuchstesterinnen. Während des Projekts hätten sie sich intensiv mit Lebensmitteln auseinandergesetzt. Dabei hätten sie aber auch erfahren, wie schwierig es sein könne, an neutrale Informationen zu kommen.

Sie forderten, es brauche politische Rahmenbedingungen für einen vereinfachten Informationszugang. Außerdem solle jeder Mensch Zugang zu gesunden Lebensmitteln haben. „Nachhaltigkeit“, forderte Langemeyer, „sollte unabhängig von Einkommen möglich sein.“ (irs/19.05.2021)

Das Wortprotokoll kann unter folgendem Link abgerufen werden:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/854234/0300b7cfe980a9f3e3a60182b58a05d1/Wortprotokoll-der-52-Sitzung-der-Kinderkommission-data.pdf>

1.8. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Kindgerechte Lebensräume für alle Kinder“

Für die Sitzung der Kinderkommission am **9. Juni 2021** wurden **Dominik Bär** (Kinderfreundliche Kommunen e. V.), **Anja Bierwirth** (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie), **Noemi Coll Barroso** und **Jonathan Kriener** (Schools for Future) und **Claudia Neumann** (Deutsches Kinderhilfswerk e. V.) als Sachverständige eingeladen.

Der Deutsche Bundestag hat auf seiner Homepage hierzu den folgenden Artikel veröffentlicht:

Mehr Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Stadtplanung

Wie gestalten wir als Gesellschaft die Lebensräume für unsere Kinder? Wie sind junge Menschen daran beteiligt? Und wo gibt es in Politik, Gesellschaft und Verwaltung noch Handlungsbedarf? Mit diesen und weiteren Fragen hat sich die Kinderkommission des Deutschen Bundestages (Kiko) während eines öffentlichen Fachgesprächs am **Mittwoch, 9. Juni 2021**, beschäftigt. Das Thema der Sitzung, die **Susann Rüthrich (SPD)** in Vertretung der aktuellen Kiko-Vorsitzenden Charlotte Schneidewind-Hartnagel (Bündnis 90/Die Grünen) leitete, war „**Kindgerechte Lebensräume für alle Kinder.**“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kinderrechte in Kommunen

Was würde helfen, um kindgerechte Lebensräume zu schaffen? Dieser Frage widmete sich **Dominik Bär**, Geschäftsführer des **Vereins Kinderfreundliche Kommunen**. Die 2012 gegründete Initiative des Deutschen Komitees für Unicef und dem Deutschen Kinderhilfswerk hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Umsetzung der UN-Konvention für Kinderrechte in deutschen Städten und Gemeinden zu fördern. Ziel sei es, in der Politik eine veränderte Sicht auf Kinder und ihre Rechte zu schaffen und die Verwaltung für das Kindeswohl und Kinderinteressen zu sensibilisieren, sagte Bär. Zudem wolle der Verein die Rechte der Kinder in der Öffentlichkeit bekannter machen und die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen stärken.

Aktuell begleitet die Initiative 36 Kommunen in einem vier- bis fünfjährigen Programm. Eine der Leuchtturmkommunen ist Bär zufolge die Stadt Regensburg mit ihrer Spielleitplanung. „Dort wurde die gesamte Stadt systematisch danach betrachtet, was aus Sicht von Kindern und Jugendlichen wichtig ist für die Umsetzung der Kinderrechte“, so der Erziehungswissenschaftler. Regensburg habe es sich zum Beispiel zum Ziel gesetzt, auch mit den Instrumenten der Stadtentwicklung und Stadtplanung eine familienfreundliche und kindergerechte Stadt zu werden.

Vorschläge für mehr Kinderfreundlichkeit

Damit die Kinderrechte dort ankommen, wo die jungen Menschen leben, wäre es aus Sicht des Experten hilfreich, wenn sie als ressortübergreifendes Thema erkannt würden. Auch sollte die Umsetzung von Kinderrechten als Förderkriterien in die Stadtplanung aufgenommen und als Zwangsläufigkeit bei der Haushaltsaufstellung beachtet werden.

Darüber hinaus arbeite der Verein an einem besseren Wissenstransfer. Viele Kommunen wüssten nicht, welche Konzepte, Strukturen und Rahmenbedingungen es bereits gebe. Deshalb brauche es eine bundesweit abrufbare Datenbank. Allerdings fehle es dem Verein dafür an der Finanzierung, sagte Bär. Gerade in der Coronapandemie habe sich zudem gezeigt, dass Kinder- und Jugendbeteiligung krisenfest aufgestellt werden müssten.

Klimaschutz und kindgerechte Lebensräume

Klimaschutz und kindgerechte Lebensräume müssten zusammen gedacht werden, forderte **Anja Bierwirth**. Die Architektin und Umweltwissenschaftlerin leitet am **Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie** in der Abteilung Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik den Forschungsbereich Stadtwechsel. „Wir gucken zwar durch die ökologische Brille, also Energie- und Klimafragen“, sagte Bierwirth. Dabei betrachte ihr Team aber immer auch die Schnittstellen, Synergien und Zielkonflikte, die es zu verschiedenen sozialen und ökonomischen Fragestellungen gebe.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Als Beispiel nannte die Expertin das Thema Gebäude. Außer den „klassischen“ Handlungsfeldern wie etwa Sanierung und Photovoltaik, würde mittlerweile auch die soziale Komponente, wie zum Beispiel die „nichtoptimale Verteilung von Wohnraum“, immer stärker diskutiert. Ein weiteres Handlungsfeld ist Bierwirth zufolge die Nutzung und Umgestaltung von Straßenräumen: „Die Qualität vor der Haustür ist, was kindgerechte Lebensräume angeht, ein ganz wichtiger Punkt.“ Eine Maßnahme sei in diesem Zusammenhang die Begrünung von Flächen – was wiederum auch eine zentrale Anpassung an die Folgen des Klimawandels sei.

Expertin fordert: Synergien nutzen

Aus Sicht der Expertin lassen sich viele dieser Themen einem Obergriff unterordnen: Umweltgerechtigkeit. Oft lebten jene Familien besonders beengt und an viel befahrenen Straßen, die sich selbst gar kein Auto leisten könnten. Sie seien dann von Abgasen und Lärm betroffen, ohne die Infrastruktur vor ihrer Haustür selbst zu nutzen und hätten gleichzeitig oftmals keinen direkten Zugang zu Grünräumen.

Die Verteilung und Erreichbarkeit von Grünraum sei somit nicht nur ein Thema der Anpassung an die Folgen des Klimawandels, sondern auch ein Thema der sozialen Gerechtigkeit. Bierwirth ist überzeugt: Diese Synergien zu kennen, sei wichtig. Allerdings könne man sie beim Gestalten zukunftsfähiger, ressourcenleichter, klimagerechter und kinderfreundlicher Städte noch deutlich besser nutzen, als das bisher der Fall sei.

Klimaneutrale Schulen

Handlungsbedarf sehen auch **Noemi Coll Barroso** und **Jonathan Kriener** von **Schools for Future**. Das auf drei Jahre angelegte und vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geförderte Kooperationsprojekt zwischen dem Wuppertal Institut und dem Büro Ö-Quadrat macht sich seit 2020 für die Umsetzung von klimaneutralen Schulen stark. Insgesamt werde bereits an zwölf deutschen Schulen gearbeitet, erklärte Coll Barroso. Dabei werde zunächst die jeweilige CO₂-Bilanz erfasst, um anschließend ein Klimaschutzkonzept zu erstellen, welches dann in den Schulalltag integriert werde. „Unser Ziel ist es damit, deutschlandweit klimaneutrale Schulen zu verwirklichen.“

In der vergangenen Zeit sei das Thema Klimaschutz an Schulen immer präsenter geworden, was zu mehr Unterstützung für Projekte in diesem Bereich geführt habe, so Coll Barroso. Allerdings stoße Schools for Future noch immer auf Hindernisse. „Deutlich hervorzuheben ist hier der Mangel an Handlung, der Stillstand während der Pandemie“, kritisierte die Schülerin. Dabei könnte die Coronakrise auch als Chance ergriffen werden, nötige Maßnahmen wie zum Beispiel die Installation von Lüftungsanlagen in Schulen umzusetzen. Schließlich seien die Schulen in den vergange-



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

nen Monaten so leer wie noch nie gewesen, meint Coll Barroso. Aus Sicht der Schülerin eine einmalige Gelegenheit, um Sanierungen und zum Beispiel die Umstellung auf alternative Heiz- und Stromversorgungssysteme umzusetzen.

Schülervertretung fordert mehr Unterstützung vom Bund

Außer einem standardmäßig nachhaltigen Bauwesen fordere das Kooperationsprojekt zudem mehr Aufklärung über den Klimawandel für Schülerinnen und Schüler, Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte und eine stärkere Einbeziehung des Themas Klimawandel in den Lehrplan, so Coll Barroso. „Wir sind uns dessen bewusst, wie nötig Veränderungen in unserem Schulsystem sind und was effektive Unterstützungen an einzelnen Schulen bewirken können“, ergänzte Jonathan Kriener.

Vom Bund fordere das Kooperationsprojekt deshalb, Länder und Kommunen in den Bereichen Ernährung und Mobilität zu unterstützen. Etwa sollte es klare Vorgaben zu regionalen und vegetarischen Angeboten geben sowie eine Unterstützung beim Ausbau von Radwegen zur Schule. An die Kiko-Mitglieder gerichtet sagte der Schüler, es liege in ihrer Verantwortung, „ob sie unsere Ideen und Forderungen für eine nachhaltige Klimapolitik verwirklichen und uns somit die Möglichkeit auf eine lebenswerte Zukunft geben.“

Recht auf Spiel

„Unsere Vision ist nichts geringeres, als die grundsätzlich jederzeit und überall beispielbare und eigenständig begehbare Kommune“, sagte Claudia Neumann vom Deutschen Kinderhilfswerk. Dazu gehöre eine kinderfreundliche Stadtplanung mit einem Netz aus unterschiedlichen Spielflächen und grünen Freiflächen, an deren Planung Kinder und Jugendlichen aktiv beteiligt seien, ebenso wie eine kinderfreundliche Verkehrsplanung. Die Realität aber sei eine andere. Als Beispiele nannte Neumann unter anderem Sanierungsstau und Nachverdichtung, Bewegungsmangel bei Kindern und Verdrängung von Jugendlichen an den Stadtrand.

Zwar gebe es aus Sicht der Expertin einen ganzen Instrumentenkasten, was man dagegen tun könne – von gesetzlichen Regelungen bis hin zu Landesinitiativen und Projekten. Allerdings würden die Instrumente nicht flächendeckend angewendet. Um die Situation zu verbessern, betreibe das Deutsche Kinderhilfswerk unter anderem Lobby-, Projekt- und Netzwerkarbeit, forsche und publiziere zum Thema Recht auf Spiel. Aus einer dieser Studien gehe zum Beispiel hervor, dass der Wohnraum ganz entscheidend dafür sei, wie viel Zeit Kinder draußen spielen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

„Kinder sollen sich eigenständig bewegen können“

Für das Recht auf Spielen fordere das Deutsche Kinderhilfswerk unter anderem, dass in den Kommunen beteiligungsorientierte Spielflächenkonzepte aufgestellt werden. Auch brauche es eine kinderfreundliche Verkehrsplanung und eine stärkere Kinder- und Jugendarbeit. Darüber hinaus sei für die kinderfreundliche Stadtplanung eine Verankerung der Kinderrechte ins Grundgesetz zentral ebenso wie zum Beispiel eine kinderfreundliche Verwaltung, die die Kinderrechte achte und fachübergreifend anwende sowie mehr Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der Stadtplanung, dem Städtebau und der Stadterneuerung.

Mehr Mitbestimmung sei auch für die kinderfreundliche Verkehrsplanung notwendig, genauso wie eine kinderfreundlichere Straßenverkehrsordnung, mehr Maßnahmen für einen sicheren Schulweg und generell ein kindgerechtes Wegenetz. „Kinder sollen sich überall frei und eigenständig bewegen können“, forderte Neumann. Dafür müsse noch viel getan werden. (irs/09.06.2021)

Das Wortprotokoll kann unter folgendem Link abgerufen werden:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/852140/10b3e42b3dbc16d263ded07c1a3a099b/Wortprotokoll-der-53-Sitzung-der-Kinderkommission-data.pdf>

1.9. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Deutschland 2050 – Was erwartet die Kinder von heute und morgen?“

Für die Sitzung der Kinderkommission am **23. Juni 2021** wurden **Toralf Staud** (Redakteur bei klimafakten.de und Autor „Deutschland 2050“) sowie **Eckart von Hirschhausen** (u. a. Arzt und Autor „Mensch, Erde! Wir könnten es so schön haben“) als Sachverständige eingeladen.

Der Deutsche Bundestag hat auf seiner Homepage hierzu den folgenden Artikel veröffentlicht:

Experten in der Kiko: Klimaschutz ist Heimatschutz

„Unseren Kindern soll es einmal besser gehen.“ Seit 70 Jahren seien die heute lebenden Eltern die erste Generation, die diesen Wunsch nicht mehr erfüllen könne, sagte der **Arzt, Buchautor und Kabarettist Dr. Eckart von Hirschhausen** im öffentlichen Expertengespräch der Kinderkommission des Deutschen Bundestages (Kiko) zum Thema „**Deutschland 2050 - Was erwartet die Kinder heute und morgen?**“ am Mittwoch, 23. Juni 2021, unter Leitung von **Charlotte Schneidewind-Hartnagel (Bündnis 90/Die Grünen)**.

Sachverständige zeichnen düsteres Bild

„Unsere Kinder werden es schlechter haben.“ Von Hirschhausen und der andere geladene Sachverständige, der **Autor und Redakteur Toralf Staud**, zeichneten angesichts des Klimawandels ein düsteres Bild von den Lebensbedingungen der kommenden Generationen. Es gebe kaum ein anderes



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Thema, das größere Auswirkungen auf das Wohl der Kinder habe als der Klimawandel, sagte Staud. Die Wissenschaft könne mittlerweile verlässlich vorhersagen, dass sich das Klima verändern werde - zum Nachteil der Lebens- und Arbeitsbedingungen künftiger Generationen.

Der durchschnittliche Temperaturanstieg gehe einher mit immer mehr Hitzetagen, es werde größere Wetterextreme geben. Das mache der Natur zu schaffen und setze zugleich der menschlichen Gesundheit zu. Eine exponentiell wachsende Borkenkäfer-Population werde heimischen Baumarten den Rest geben, 98 Prozent der Bäume seien schon heute geschädigt. „Wir werden ganze Generationen ohne alte Bäume haben.“ Ebenso wie das Mehr an Hitzetagen stellten exotische Mückenarten eine gesundheitliche Gefahr dar, das tropische Dengue-Fieber überwintere in den zunehmend milden Wintern hierzulande in den Mücken.

„Klimawandel betrifft sämtliche Lebens- und Arbeitsbereiche“

Vom Klimawandel seien sämtliche Lebens- und Arbeitsbereiche betroffen, darunter die Landwirtschaft ebenso wie der Städtebau. Vom Alpenland bis zur Küste bekomme bei Hitze das Milchvieh Probleme. Heimische Sorten würden aussterben, Obstbauern im Alten Land an der Elbe hätten bereits mit dem Anbau von Aprikosen begonnen. Innerhalb der Städte werde es künftig genauso normal sein, sich im Sommer in öffentliche Kühlräume zu begeben, wie heute Obdachlose im Winter Wärmestuben aufsuchten. Manche Infrastrukturen wie die immer wieder von Starkregen betroffene Kanalisation könne man nicht komplett neu bauen. Dachgeschosswohnungen würden wegen der Hitze unbewohnbar.

Auch für Wirtschaft und Arbeitsleben bedeute ein ungebremsster Klimawandel nichts Gutes, Arbeitsplätze in Deutschland würden unsicherer, wenn weltweit die Kaufkraft von Kunden wegen extremer Klimaereignisse schwinde. Extremwetter in anderen Ländern werde zudem den Lieferketten zusetzen. Bereits jetzt bringe Niedrigwasser im Rhein die Binnenschifffahrt in manchen Sommern zum Erliegen. Klimawandel sei das größte Risiko für die deutsche Wirtschaft, sagten Risikoanalysten. Hohe Ausgaben zur Anpassung an das Geschehen könnten sich viele Unternehmen nicht leisten. „Anpassung an die bestehenden Verhältnisse ist möglich“, zog Staud als Fazit. Aber das Leben der Kinder werde künftig nicht mehr so gut sein wie heute. „Sie werden viel Geld investieren müssen, um die Veränderungen erträglich zu machen.“

„Klimaschutz bedeutet Stabilität“

„Wenn wir wollen, dass Deutschland ein stabiles Land bleibt, dann müssen wir den Klimawandel begrenzen. Klimaschutz bedeutet Stabilität. Klimaschutz ist Heimatschutz“, sagte Staud. Auch von Hirschhausen mahnte eindringlich und mit zahlreichen Beispielen vor den negativen Folgen des Klimawandels für die Kinder und künftige Generationen. Er selbst habe das Thema früher unter-



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

schätzt, aber der Klimawandel mit seinem Temperaturanstieg sei eine Überlebensfrage der Menschheit. „In den nächsten zehn Jahren wird darüber entschieden, ob die nächsten 10.000 Jahre lebenswert für die Menschheit werden“, forderte er rasches Handeln.

Momentan sei der Mensch drauf und dran sich seiner natürlichen Lebensgrundlagen zu berauben, sagte der frühere Arzt für Kinderheilkunde und Erfolgsautor. „Alle früher gebräuchlichen analogen Fieberthermometer endeten bei 41 Grad, weil der menschlichen Körpertemperatur ein biologisches Limit gesetzt ist. Das Gehirn kann unter Hitze nichts lernen, ab 41 Grad beginnen die Proteine sich zu zersetzen.“ Naturgesetze seien nicht verhandelbar.

Von Hirschhausen: Wir fügen uns große Verluste zu

Von Hirschhausen verglich die Lage heute mit den Jahren seiner Kindheit. „Der Sommer war mal etwas, auf das man sich gefreut hat.“ Hitzetage und Schulfrei deswegen seien eher selten gewesen. 25 Grad um 10 Uhr vormittags mussten es dafür sein. Aber 30, 40 Jahre später? „Hitzefrei wird das neue Normal.“ Die Hitzewellen machten Älteren - aber auch Babys zu schaffen.

Ein Bad in der Ostsee sei auch nicht mehr das, was es mal gewesen sei, weite Teile des Meeres seien sauerstoffarm, ohne natürliche Fischbestände. Wenn er heute durch den Wald gehe, sehe er vier von fünf Bäumen krank. „Die Kapazität der Natur, CO aufzunehmen, haben wir zerstört.“ Wir fügten uns große Verluste zu. Dinge, die wir eigentlich jedem Kind für seine gute und natürlich Entwicklung zubilligten, seien nicht mehr so möglich. „Nämlich mit Entdeckerfreude in die Welt hinaus zu gehen - und sich nicht vor Hitze und Extremwetter im Keller verstecken zu müssen.“

Es passierten Dinge, die seien irreversibel. Man dürfe sich nicht der Illusion hingeben, wir könnten uns da technisch wieder herausholen. Ein unheimliches Ausmaß der Zerstörung sei mittlerweile erreicht. „Alle Vögel sind schon da stimmt schon lange nicht mehr. Weiße Weihnachten wird es nicht mehr geben. Luftverschmutzung schädigt Kinder in ihrem Gehirn bereits während der Schwangerschaft.“ Millionen Menschen würden wegen Naturkatastrophen aufgrund des Klimawandels weltweit gezwungen ihre Heimat zu verlassen. „Aber die Leute spielen weiter Golf, obwohl nebenan der Wald brennt.“

„Wenn wir das zerstören, sind wir selber die Gearschten.“

Corona sei ein Warnschuss und Weckruf gewesen. Und ein erster Preis, den wir für unser Verhalten zu zahlen hätten, dafür dass wir Wildtiere fangen und essen. „Wir müssen dringend den Wildtierhandel unterbrechen. Prävention kommt leider immer zu kurz.“ Dabei wäre das um so viel billiger als spätere Korrekturen und Reparaturen. „Aber es ist politisch offenbar unsexy eine Krankheit zu verhindern.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

„Wenn wir Menschen so viel schlauer sein wollen als die Affen, warum zerstören wir dann unser Zuhause“, fragte von Hirschhausen provokant. „Die Erde ist doch der einzige Ort im Universum weit und breit, an dem es Kaffee, Sex und Schokolade gibt.“ Bislang herrschten hier für den Menschen ideale Lebensbedingungen, es gebe erträgliche Temperaturen, eine Atmosphäre schütze vor schädlicher Strahlung. „Wenn wir das zerstören, sind wir selber die Gearschten.“

„Kinder spüren, dass irgendwas nicht mehr in Ordnung ist“

Die Kinder aber spürten, dass irgendwas nicht mehr in Ordnung sei. Für sie sei das eine psychische Bedrohung. Man diagnostiziere vermehrt Depressionen und Angststörungen. Die Kinder gehörten zu den Verletzlichsten in der Gesellschaft, die es nun zu schützen gelte. „Wir kommen in eine sehr unsichere Zeit. Alle Bereiche der menschlichen Existenz sind betroffen. Wir müssen jetzt darüber reden, wohin wir wollen.“ Es dürfe nicht sein, dass die Kinder von morgen all das ausbaden müssten, was vorige Generationen verursacht hätten.

Hirschhausen begrüßte das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, den Freiheitsbegriff auch als Freiheit für kommende Generationen zu begreifen, und dabei dem Klimaschutz eine wesentliche Bedeutung einzuräumen, als wegweisende Entscheidung. Er appellierte an die Politik, den Schulterschluss mit den jungen Menschen zu suchen und Rahmenbedingungen für gemeinsames Handeln zu schaffen. (11/24.06.2021)

Das Wortprotokoll kann unter folgendem Link abgerufen werden:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/854236/8ef797e92f6059ba45c661e943b3e964/Wortprotokoll-der-54-Sitzung-der-Kinderkommission-data.pdf>

2. Stellungnahme zur Vorsitzzeit

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Tätigkeitsberichts lag noch keine beschlossene Stellungnahme vor.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

3. Gesprächstermin der Kinderkommission beim Bundespräsidenten



© Bundesregierung/Sandra Steins

In den vergangenen Wahlperioden, haben sich die Mitglieder der Kinderkommission ein Mal pro Wahlperiode mit dem jeweils amtierenden Bundespräsidenten zu einem informellen Gespräch im Schloss Bellevue getroffen, um mit ihm über die Belange von Kindern und Jugendlichen zu sprechen. In dieser Wahlperiode fiel dieser

Termin mit Herrn Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier am 15. März 2021 unter die Vorsitzzeit der Abgeordneten Charlotte Schneidewind-Hartnagel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Zu Beginn des Besuchs wurde kurz über die Geschichte, den Aufbau und die Besonderheiten der Arbeitsweise der Kinderkommission vonseiten der Vorsitzenden berichtet. Im Anschluss daran hatten die jeweiligen Mitglieder die Gelegenheit, Herrn Bundespräsidenten Steinmeier über entsprechende Eingangsstatements ihre einzelnen Arbeitsthemen vorzustellen. Daran fand ein Austausch zu den nachfolgend genannten Themen statt: Kindeswohl und Kinderschutz (auch Schutz vor sexuellem Missbrauch) in einer digitalisierten Gesellschaft, Partizipationsrechte und -möglichkeiten von Kindern und die Idee einer Kinderfragestunde im Deutschen Bundestag, Auswirkungen der Corona-Pandemie für Kinder und Jugendliche sowie Kinder mit Fluchterfahrungen.

Der Termin dauerte ungefähr 90 Minuten, stellte auch in dieser Wahlperiode für alle Beteiligten eine Bereicherung dar und wurde auf der Webseite der Kinderkommission mit dem obigen Foto dokumentiert.

Charlotte Schneidewind-Hartnagel, MdB



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

4. Anlagen



Deutscher Bundestag

Anlage 1

Pressemitteilung

Kinderkommission zum Internationalen Tag der Familie am 15. Mai 2021

Berlin, 14. Mai 2021

Herausgeber:
Kommission zur Wahrnehmung der
Belange der Kinder
(Kinderkommission)

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
Fax: +49 30 227-36055
kinderkommission@bundestag.de

Seit 1993 wird jährlich am 15. Mai in vielen Ländern der Internationale Tag der Familie als Gedenk- und Aktionstag der Vereinten Nationen begangen. Der Tag soll hervorheben, wie wichtig Familien als Grundlage für Staat und Gesellschaft sind und wie Familien von sozialen, ökonomischen und demographischen Entwicklungen betroffen sind. Die Vereinten Nationen haben den Internationalen Tag der Familie im Jahr 2021 unter das Motto „families and new technologies“ gestellt.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Charlotte Schneidewind-Hartnagel, erklärt anlässlich des Internationalen Tages der Familie:

„Familien in all ihren Formen und Ausprägungen sind die Grundlage jeder Gesellschaft, weil in ihnen Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Kinder werden in Familien groß und dort auf ihr eigenes Leben vorbereitet. Deshalb ist es eine der grundlegendsten Aufgaben der Politik, Familien in all ihrer Vielfalt zu unterstützen und dadurch Kindern ein gutes Aufwachsen zu ermöglichen.

Dazu gehört heute mehr denn je auch der Zugang zu neuen Technologien und ein verantwortungsvoller Umgang mit digitalen Medien. Die Digitalisierung ist in der Bildung bei der Wissenseaneignung, beim Diskurs und Austausch mit anderen und für den Kontakt zu Freunden und Familienangehörigen seit Langem nicht mehr wegzudenken.

Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, welche Bedeutung neuen Technologien in einer Zeit zukommt, in der Familien und Kinder durch Kontaktbeschränkungen, Einschränkungen bei Schulen und Kitas sowie fehlende Freizeit- und Vereinsangebote ganz besonders belastet sind.

Auch wenn neue Technologien und digitale Medien wichtig sind, ersetzen sie nicht die persönlichen Kontakte mit Familienangehörigen, in der Schule, im Freundeskreis und am Arbeitsplatz. Auch das zeigen die Erfahrungen in der Corona-Pandemie.

Deshalb ist es gerade im Sinne der Familien und Kinder wichtig, dass passgenaue Strategien zur Pandemiebekämpfung entwickelt und umgesetzt werden, um bald wieder mehr Normalität und Alltag in diesen Bereichen zu ermöglichen.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Deutscher Bundestag

Anlage 2

Pressemitteilung

Kinderkommission zum Tag der vermissten Kinder am 25. Mai 2021

Berlin, 25. Mai 2021

Herausgeber:
Kommission zur Wahrnehmung der
Belange der Kinder
(Kinderkommission)

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
Fax: +49 30 227-36055
kinderkommission@bundestag.de

Seit 2003 wird auch in Deutschland der Tag der vermissten Kinder jedes Jahr am 25. Mai als Aktions- und Gedenktag begangen. Er soll daran erinnern, dass es immer wieder Fälle gibt, in denen der Verbleib und das Schicksal von Kindern ungeklärt ist.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Charlotte Schneidewind-Hartnagel, erklärt anlässlich des Tags der vermissten Kinder:

„In Deutschland werden täglich Kinder und Jugendliche vermisst gemeldet. Zum Glück tauchen die meisten von ihnen innerhalb kurzer Zeit von alleine wieder auf oder können mit Unterstützung von Polizei und Rettungskräften gefunden werden. Viele von ihnen haben sich verlaufen oder sind von zuhause ausgebüxt.

Auch wenn die polizeilichen Aufklärungsquoten in diesem Bereich regelmäßig bei über 96 Prozent liegen, bleiben doch Fälle, in denen lange unklar ist, wo sich Kinder und Jugendliche befinden und ob sie Opfer eines Verbrechens geworden sind.

Die Eltern und Angehörigen müssen in solchen Situationen mit Ungewissheit und Sorge leben. Es ist wichtig, dass Behörden und gesellschaftliche Organisationen in dieser schwierigen Lage Hilfe anbieten. Die Polizei leistet hier wichtige Arbeit. Zusppruch und Unterstützung können Betroffene auch beim Internationalen Sozialdienst oder bei ehrenamtlichen Helfern und anderen Initiativen finden. Auch die „Initiative Vermisste Kinder“ leistet wertvolle Hilfe bei der Suche nach einem vermissten Kind.“

Der „Tag der vermissten Kinder“ wurde auf Initiative des damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan erstmals am 25. Mai 1983 begangen und sollte an den wenige Jahre zuvor an diesem Tag in New York verschwundenen sechsjährigen Etan Patz erinnern, dessen Schicksal lange ungeklärt blieb. Der 25. Mai ist seither der



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Deutscher Bundestag

Anlage 3

Pressemitteilung

Kinderkommission zum „Weltspieltag“ am 28. Mai 2021

Berlin, 27. Mai 2021

Herausgeber:
Kommission zur Wahrnehmung der
Belange der Kinder
(Kinderkommission)

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
Fax: +49 30 227-36055
kinderkommission@bundestag.de

Seit gut 20 Jahren gilt der 28. Mai als „Weltspieltag“. Der Aktionstag soll in Erinnerung rufen, dass die UN-Kinderrechtskonvention Kindern ein Recht auf Ruhe und Freizeit sowie auf Spiel und altersgemäße aktive Erholung zusagt.

In diesem Jahr rufen das Deutsche Kinderhilfswerk und die Deutsche Sportjugend anlässlich des „Weltspieltags“ Familien und Vereine zu einer großen Bewegungs- und Sportaktion auf. Dabei sollen in den sozialen Medien unter den Hashtags #Weltspieltag und #lasstunswasbewegen Fotos oder Videos gepostet werden, die Menschen entweder bei ihrer geliebten Sportart, beim Sport an ungewöhnlichen Orten oder bei einer für sie unbekannten Sportart zeigen. Damit soll auf die Bedeutung von Bewegung, Spiel und Sport für ein gesundes Aufwachsen von Kindern aufmerksam gemacht werden. Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages hat auch in diesem Jahr wieder die Schirmherrschaft für die Aktion übernommen.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Charlotte Schneidewind-Hartnagel, MdB, erklärt hierzu:

„Bewegung, Sport und Spiel liegen in der Natur von Kindern. Wer mit Kindern zu tun hat, kennt ihr Verlangen und ihre Freude, nach draußen zu gehen, zu klettern, zu laufen, aktiv zu sein. Kinder entdecken ihre Welt, ihre eigenen Stärken und Grenzen in Bewegung, Sport und Spiel. Auch soziales Miteinander, Teamgeist und ein gesunder Sinn dafür, seine Fähigkeiten mit anderen zu messen, können dabei gelernt und geübt werden. Kurzum: Bewegung gibt Kindern Kraft. Deshalb freue ich mich, dass das Deutsche Kinderhilfswerk und die Deutsche Sportjugend zur Bewegungs- und Sportaktion am Weltspieltag aufrufen. Gerade in der Corona-Pandemie, wo Vereinsangebote, Sport in Gruppen und Möglichkeiten, sich mit Gleichaltrigen zu treffen vielerorts eingeschränkt waren und sind, ist es wichtig, auf dieses Thema aufmerksam zu machen.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Deutscher Bundestag

Anlage 4

Pressemitteilung

Kinderkommission zum Internationalen Kindertag am 1. Juni 2021

Berlin, 31. Mai 2021

Herausgeber:
Kinderkommission des Deutschen
Bundestages

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Der seit vielen Jahrzehnten gefeierte „Internationale Kindertag“ soll auf die Rechte und Bedürfnisse von Kindern aufmerksam machen sowie Kinderpolitik und Kinderschutz in den Mittelpunkt rücken. Auch hierzulande werden am 1. Juni zahlreiche Aktionen auf den Weltkindertag hinweisen.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Charlotte Schneidewind-Hartnagel, MdB, sagt dazu:

„Mit der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen hat die internationale Gemeinschaft im Jahr 1989 weltweit eigene Rechte für Kinder verbrieft. Die Unterzeichnerstaaten haben sich verpflichtet, die Kinderrechte national und international zu verwirklichen. Die Rechte des Kindes sind damit kein bloßer Annex zu den Rechten des Individuums, sondern haben eine eigene Qualität.“

Kinderrechte müssen deshalb ein eigener Maßstab sein, wenn es darum geht, Entscheidungen in Politik und Verwaltung zu treffen und umzusetzen. Sie müssen immer mitgedacht und berücksichtigt werden. Das gilt auch und gerade in der Corona-Pandemie, die allen viel abverlangt, insbesondere aber Familien, Kinder und Jugendliche sehr belastet.“

Deutschland kennt zwei Weltkindertage. Der 1. Juni wurde in der ehemaligen DDR wie in anderen sozialistischen Ländern bereits seit 1950 als Internationaler Kindertag begangen. In der Bundesrepublik wird der Empfehlung der UNICEF folgend seit 1954 der 20. September als Weltkindertag gefeiert. Nach der Wiedervereinigung wurden hierzulande beide Daten für den Kindertag beibehalten.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Deutscher Bundestag

Anlage 5

Pressemitteilung

Kinderkommission fordert weitere Anstrengungen bei der Bekämpfung sexualisierter Gewalt

Berlin, 2. Juli 2021

Herausgeber:
Kinderkommission des Deutschen
Bundestages

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages fordert mit Blick auf die kommende Wahlperiode weitere Anstrengungen bei der Bekämpfung der sexualisierten Gewalt gegen Kinder.

Die Kinderkommission erklärt hierzu:

„Sexualisierte Gewalt gehört zu dem schlimmsten, was Kindern und Jugendlichen angetan werden kann. Dies gilt besonders, wenn die Täterinnen und Täter enge Bezugspersonen sind, ob in der Familie oder Freundeskreis, in Bildungs- oder Jugendhilfeeinrichtungen, im Verein oder im kirchlichen Bereich. Der Gesetzgeber und auch viele Organisationen sind in den vergangenen Jahren tätig geworden, Gesetze wurden verschärft, Institutionen geschaffen. Besonders im Bereich Prävention wurde investiert.

Eine Nulltoleranzstrategie gegen sexuellen Kindesmissbrauch wird nicht heißen, dass man jeden Fall für die Zukunft wird verhindern können. Sie erfordert aber, das Thema weiter aus der Tabuzone herauszuholen und alles Menschenmögliche dafür zu tun, um solche Taten zu verhindern. Eine Strategie heißt auch, dass es eine Gesamtschau braucht, dass Ziele definiert und mit Maßnahmen unterlegt werden, an denen nachvollziehbar und überprüfbar gearbeitet wird. Diese sind regelmäßig zu überprüfen, so dass gegebenenfalls nachgesteuert werden kann. Die zunehmende Öffentlichkeit, die das Thema dadurch erhält, wird immer mehr Betroffene ermutigen, ihre Geschichte zu erzählen und Anerkennung ihres Leids einzufordern.“

Konkret fordert die Kinderkommission für die kommende Wahlperiode:

- eine nationale Strategie gegen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen, die unter Beteiligung der Bundesländer Ziele und Maßnahmen definiert und deren Umsetzung überwacht,



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Seite 2



- den Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs in Form ausgeweiteter Berichtspflichten gegenüber der Politik sowie einer gesetzlichen Verankerung der Institution zu stärken,
- die Tätigkeit der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs weiter zu unterstützen,
- die Arbeitsergebnisse und Vorschläge des Nationalen Rates gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen zu prüfen und entsprechend umzusetzen.

Der Beschluss der Kinderkommission für die Handlungsempfehlungen gegen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen kann als Kommissionsdrucksache unter www.bundestag.de/kiko aufgerufen werden.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Deutscher Bundestag

Anlage 6

Pressemitteilung

Kinderkommission zum Internationalen Tag der Jugend am
12. August 2021

„Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, dass junge Menschen an politischen Entscheidungsprozessen teilhaben“

Berlin, 11. August 2021

Herausgeber:
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
Fax: +49 30 227-36055
kinderkommission@bundestag.de

Seit dem Jahr 1999 erinnert der von den Vereinten Nationen ausgerufenen Internationale Tag der Jugend am 12. August daran, wie wichtig es ist, dass Jugendliche sich in der Gesellschaft einbringen, an der Politik beteiligen und von den verantwortlichen Politikerinnen und Politikern ernst genommen werden. Er soll die Bedeutung der Jugend als Lebensphase ins Bewusstsein rücken und deutlich machen, welche Bedeutung das Engagement von Jugendlichen in Staat und Gesellschaft in Bildung, Beruf und Privatleben hat. Der Tag soll außerdem auf das Aktionsprogramm der Vereinten Nationen für Jugendliche sowie auf die Situation von jungen Menschen weltweit aufmerksam machen.

Zum Internationalen Tag der Jugend erklärt die Vorsitzende der Kinderkommission im Deutschen Bundestag, Charlotte Schneidewind-Hartnagel:

„Junge Menschen haben die letzten anderthalb Jahre überwiegend als Ausnahmezustand erlebt. Jugendliche haben dazu beigetragen, die Corona-Pandemie zu bekämpfen und gefährdete Menschen zu schützen. Diesen wichtigen Beitrag gilt es zu würdigen. Dabei müssen wir auch ernst nehmen, dass die pandemiebedingten Einschränkungen und Belastungen, mit denen junge Menschen im persönlichen Leben, in Schule und Ausbildung und in der Freizeitgestaltung umzugehen hatten und teilweise immer noch haben, Spuren hinterlassen. Das betrifft die soziale Entwicklung, den Bildungserfolg und psychische Erkrankungen.

Deshalb zeigt sich gerade in der Corona-Pandemie, wie wichtig es ist, die Situation der jungen Menschen, ihre Rechte und Bedürfnisse besonders im Blick zu haben, wenn Politik und Verwaltung Entscheidungen treffen. Denn Kinder und Jugendliche sind nicht nur unmittelbar von den Auswirkungen politischer Entscheidungen betroffen, sondern sie leisten auch einen wichtigen Beitrag zum Funktionieren unserer Gesellschaft.

Die Kinderkommission im Deutschen Bundestag macht den Jugendlichen deshalb Mut, sich in ihrem Umfeld zu engagieren



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Schneidewind-Hartnagel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Seite 2



und ihre Kompetenzen und Anliegen in den politischen und gesellschaftlichen Diskurs einzubringen. Die Kinderkommission appelliert an die Politikerinnen und Politiker, den Kindern und Jugendlichen zuzuhören, ihre Anliegen ernst zu nehmen und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, Kinder und Jugendliche aktiv in Entscheidungsprozesse einzubinden.

Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, dass junge Menschen an politischen Entscheidungsprozessen teilhaben. Diese Aufgabe stellt sich nicht nur im Jahr der Bundestagswahl, sondern dauerhaft und auf allen Ebenen.“